

**"Vertrauen schaffen durch Recht! - Welche
Lehren die Rechtspolitik aus der
Finanzmarktkrise zieht"**

Grußwort von

Frank Horch,

Präses der Handelskammer Hamburg

Commerzsaal der

Handelskammer Hamburg

am 27. Mai 2010 um 16:15 Uhr

Wichtige Personen:

Bundesministerin der Justiz

Justizsenator

Präsidentin des HH Oberlandesgerichts

Präsident des HH Finanzgerichts

Präsident des HH Verwaltungsgerichts

Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer

Präsident der HH Notarkammer

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Dr. Till Steffen

Erika Andreß

Dr. Jan Grotheer

Klaus Seifert

Axel Filges

Heiko Zier

Ablauf der Veranstaltung:

16:15 Uhr: Ihr Grußwort

16:30 Uhr: Rede der Ministerin

17:10 Uhr: Diskussion unter Moderation von Vizepräses Dr. Dreyer

17:30 Uhr: Ende der Diskussion, Übergang zum Get Together

Sehr geehrte Frau Bundesjustizministerin
Leutheusser-Schnarrenberger,
sehr geehrter Herr Justizsenator Dr. Steffen,
sehr geehrte Frau Präsidentin des
Hanseatischen Oberlandesgerichts Andreß,
sehr geehrte Herren Präsidenten der
hamburgischen Gerichte,
sehr geehrter Herr Präsident der
Bundesrechtsanwaltskammer Filges,
sehr geehrter Herr Präsident der
Hamburgischen Notarkammer Zier,
meine Damen und Herren,

herzlich willkommen in unserer
Handelskammer!

Es ist uns eine große Freude und Ehre,
Sie, sehr geehrte Frau
Bundesjustizministerin, heute bei uns
begrüßen zu dürfen.

„Vertrauen schaffen durch Recht“, meine
Damen und Herren, ist weit über den
aktuellen Anlass der Finanzmarktkrise
hinaus ein Motto, das uns seit langem
beschäftigt.

Denn ohne eine vertrauenswürdige
Rechtsordnung ist eine dauerhafte
Prosperität nicht möglich.

Die deutsche IHK-Organisation hatte bereits 2005 den „Standortvorteil Recht“ zu ihrem bundesweiten Aktionsthema gemacht.

Damals durften wir auch Ihre Amtsvorgängerin Zypries aus Anlass des deutsch-chinesischen Rechtsdialogs bei uns begrüßen.

Wir haben uns daher sehr gefreut, dass sich 2008 das „Bündnis für das deutsche Recht“ konstituiert hat, in einer gemeinsamen Bundesinitiative der Anwälte, Notare, Richter und des Bundesjustizministeriums.

Wir sind gut beraten, wenn wir als führende Exportnation trotz der Dominanz der englischen Sprache mit gesundem Selbstbewusstsein für unsere kontinentale Rechtsordnung eintreten.

Gerade in Osteuropa und in China stoßen wir damit auf offene Ohren.

Vor allem für unsere Mittelständler, die weder eine eigene Rechtsabteilung haben noch sich auf Schritt und Tritt im Ausland von ortskundigen Rechtsanwälten begleiten lassen können, ist es ungeheuer wichtig, wenn sie bei ihren Geschäften auf ein Rechtssystem stoßen, das dem unseren ähnlich ist.

Denn dadurch steigt die Chance, dass auch schnelle und intuitive Entscheidungen nicht in gefährliche Fallen führen.

Weil wir dies für so wichtig halten, haben wir die Unterstützung des internationalen Rechtsdialogs ausdrücklich in unser aktuelles Leitbild der Handelskammer aufgenommen.

Wenn wir die Grundzüge unserer Rechtsordnung weltweit kommunizieren wollen, müssen wir auf nachhaltige und dauerhaft wahrnehmbare Projekte in den Partnerländern Wert legen.

Ein konkretes Beispiel hierfür mag der Studiengang „Internationales Wirtschaftsrecht“ sein, den unsere Handelskammer gemeinsam mit der Universität Hamburg und der Staatlichen Universität St. Petersburg seit 2002 über unser St. Petersburger Büro vor Ort anbietet.

Wir haben dort mittlerweile in acht Durchgängen gut 180 junge russische Juristen und Kaufleute mit einem intensiven Studienprogramm zum deutschen Recht in deutscher Sprache erreicht.

Das Programm dauert über ein halbes Jahr mit 17 Unterrichtseinheiten, die jeweils ein verlängertes Wochenende einnehmen, und kann ab diesem Jahr auch durch einen Master-Abschluss an der Universität Hamburg gekrönt werden.

Was wir dringend brauchen könnten, wäre ein gezielter Erfahrungsaustausch aller deutschen Akteure, die sich für den Rechtsdialog mit Russland und Osteuropa engagieren.

Selbstverständlich gilt dies auch für China. Aus Hamburger Sicht darf ich insoweit nur an die Chinese-European School of Law erinnern, die unter Federführung der Universität Hamburg das europäische Recht in China lehrt.

Einer meiner Wünsche für heute wäre es also, sehr geehrte Frau Bundesjustizministerin, dass wir im Rahmen des Bündnisses für das deutsche Recht bei unseren internationalen Rechtsprojekten zu einem bundesweit noch besser koordinierten Vorgehen als bisher kommen.

Die Angelsachsen stehen uns hier weltweit noch viel zu oft die Show.

Das Bündnis für das deutsche Recht braucht als Bundesinitiative die Umsetzung in die regionale Ebene.

Daher haben wir in Hamburg im Juni des vergangenen Jahres den Rechtsstandort Hamburg e.V. gegründet.

Wie in der Bundesinitiative haben sich alle wesentlichen Rechtsakteure unserer Freien und Hansestadt zusammengefunden.

Mitglieder sind die Hanseatische Rechtsanwaltskammer, der Hamburgische Anwaltverein, die Hamburgische Notarkammer, der Hamburgische Richterverein, die Justizbehörde sowie unsere Handelskammer und natürlich auch

einzelne Rechtsanwälte, Richter und Unternehmensjuristen.

Im wissenschaftlichen Beirat sind unsere Universität, das Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Privatrecht sowie die Bucerius-Law-School vertreten.

Selbstverständlich bestehen auch gute Kontakte zum Internationalen Seegerichtshof und zu der Vielzahl von internationalen Juristenvereinigungen in unserer Stadt.

Ich freue mich sehr, heute viele Vertreter der beteiligten Kammern und Organisationen begrüßen zu dürfen, stellvertretend für alle den Vorsitzenden des Rechtsstandort-Vereins und Präsidenten unserer Notarkammer, Herrn Zier.

Uns liegt natürlich zum Einen die Stärkung des Rechtsstandorts Hamburg am Herzen, vor allem in der Schiedsgerichtsbarkeit und im maritimen Recht.

Auch der Gedanke zur Ansiedlung eines europäischen Patentgerichts findet in Hamburg breite Zustimmung.

Insoweit habe ich mich übrigens sehr gefreut zu erfahren, dass Sie in Ihrer früheren Tätigkeit beim deutschen Marken- und Patentamt durchaus in die Gründung unseres Innovations- und Patentzentrums in der Handelskammer mit eingebunden waren.

Aber der Hauptgedanke unseres Rechtsstandort-Vereins ist es, als Zugboot für die bundesweite Initiative von Hamburg aus mit unseren besonderen Kontakten und Ressourcen den internationalen Rechtsdialog zu fördern und Gedanken zur Stärkung des Rechtsstandorts Deutschland beizutragen.

Sehr positiv erscheint mir der Vorstoß der Bundesländer Hamburg und Nordrhein-Westfalen, Englisch als Verfahrenssprache an Spezialsenaten bei den deutschen Gerichten zu zulassen.

Ich selber kenne nun vor allem die Arbeit unserer Hamburger Kammern für Handelssachen und kann mir sehr gut vorstellen, dass hier sprachlich entsprechend qualifizierte Vorsitzende Richter gemeinsam mit unseren Außenhandelskaufleuten, deren Geschäfte zum großen Teil in Englisch abgewickelt werden, neue Möglichkeiten schaffen können.

Vielleicht kann man sogar zusätzliche Verfahren zwischen ausländischen Parteien nach Deutschland ziehen.

Eines werden wir allerdings dann als Handwerkszeug doch dringend benötigen, nämlich eine amtliche Übersetzung der wesentlichen deutschen Wirtschaftsgesetze in die englische Sprache.

Dies wäre ohnehin als Visitenkarte für das Deutsche Recht auch gegenüber internationalen Rechtswissenschaftlern und Rechtspolitikern, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, höchst geeignet.

Ein Ausverkauf der deutschen Sprache wäre dies übrigens nicht, da alle weiterführenden Kommentare und Urteile in Deutsch bleiben.

Die englischen Gesetzestexte wären also eine Art Einstiegsangebot für unser Recht.

Mein zweiter Wunsch für heute wäre daher, dass die bereits mit dem BGB und einigen anderen Gesetzen bestückte Website beim BMJ entsprechend erweitert wird.

Dies wird sicherlich nicht ganz ohne Kosten gehen, ich denke aber, dass wir damit eine trotz allem preiswerte und nachhaltige Investition in unseren deutschen Rechtsexport tätigen könnten.

Soviel zu dem allgemeinen Grundgedanken „Vertrauen schaffen durch Recht“.

Zu den Lehren für die Rechtspolitik aus der Finanzmarktkrise möchte ich an dieser Stelle nicht ins Detail gehen.

Aber ich hoffe, dass wir auch hierzu unter anderem in der nachfolgenden Diskussion einiges beitragen können, denn wir haben mit dem Finanzplatz Hamburg e.V. einen exzellenten Think-Tank, in dem sich Unternehmen der Finanzwirtschaft, Institutionen und auch die Wissenschaft gleichermaßen engagieren.

Mit dieser Initiative haben wir – glücklicher Weise schon vor Ausbruch der Finanzmarktkrise – eine hervorragende Plattform geschaffen, die die Mitglieder nutzen, um sich untereinander stärker zu vernetzen und so Vertrauen, das ja auch innerhalb der Branche sehr gelitten hat, peu à peu wieder herzustellen.

Insofern bin ich meinem Amtsvorgänger Dr. Karl-Joachim Dreyer, der Vorsitzender dieser Vereinigung ist, außerordentlich dankbar, dass er die Diskussion nach Ihrem Vortrag moderieren wird.

Auf all dies dürfen wir uns freuen, Frau
Ministerin, Sie haben das Wort!